



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Jahnstr. 7 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Jahnstraße 7
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Charlotte Biskup
Persönliche Referentin

Büro:
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 0711 – 2063-14641

Konstanz, 05.02.2016

Pressemitteilung des MdL Lehmann: „Aktuelle Diskussion um Bagatellgrenze lässt Frage der Gerechtigkeit vermissen!“

Nachdem sich neben Einzelhandels- und Wirtschaftsvertretern nun auch CDU-Politiker in die Debatte zur Einführung einer Bagatellgrenze eingebracht haben, moniert der Grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann: „In der aktuellen Diskussion wird der Aspekt der Gerechtigkeit vollkommen außen vor gelassen!“ Insbesondere der Hinweis, es sollten Parkhäuser gebaut werden anstatt die Lasten des Einkaufstourismus zu reduzieren verzerrt nach Ansicht die Frage, wer die Lasten des günstigen Einkaufens für Schweizer Kunden in Deutschland tragen muss: „Mit der Mehrwertsteuer tragen alle Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands zur Finanzierung der notwendigen Infrastruktur bei – unabhängig davon, ob sie Hartz IV-Empfänger oder Großverdiener sind. Von Ungerechtigkeit zu sprechen, wenn Einkaufstouristen aus der Schweiz sich an dieser Infrastruktur, die auch von ihnen genutzt wird, beteiligen müssen, zeugt von einem verquerten Bild einer gerechten Lastenverteilung!“

Als „negative Begleiterscheinungen des Einkaufstourismus“ werden in der aktuellen Debatte im Südkurier der überlastete Zoll, die verstopfte Innenstadt und inzwischen nahezu tägliche Staus bezeichnet, die allerdings – aus Sicht des Einzelhandels und der Wirtschaftskammer klaglos zu ertragen sind, um die Umsatzmillionen der Schweizer Kunden im deutschen Einzelhandel nicht zu schmälern. Nach Ansicht des Konstanzer Landtagsabgeordneten Siegfried Lehmann zeigt diese Diskussion eine verquere Wahrnehmung hinsichtlich der Frage der Gerechtigkeit: „Hier geht es nicht um eine Neiddebatte! Die Menschen, die in den Grenzstädten leben, finden bereits heute das

Ausmaß an Schweizer Einkaufstourismus unerträglich, einen Besuch der Innenstadt an Wochenenden oder gar Brückentagen schließen viele inzwischen vollkommen aus.“ Lehmann fordert daher, dass die Lasten des Einkaufstourismus nicht einseitig von den Bewohnern der Grenzstädte getragen werden dürfen: „Um die Infrastruktur zu finanzieren, tragen insbesondere durch die Mehrwertsteuer alle Einwohner einen wesentlichen Teil zum Steuerertrag bei. Dabei ist es ganz egal, wie hoch ihr Einkommen ist, ob sie Hartz IV-Empfänger sind oder Großverdiener, denn bei jedem Einkauf geben alle 19 Prozent des Preises an den Staat ab.“ Der Vorschlag, den Einkaufstourismus lieber durch den Bau weiterer Parkhäuser zu fördern, ist daher aus Sicht Lehmanns kontraproduktiv.

Den Vorwurf des CDU-Landtagskandidaten Crivellari, schlechter Verdienende aus der Schweiz würden benachteiligt, wenn sie bei Einkäufen unter 50 Euro nicht von der Mehrwertsteuerrückerstattung profitieren würden, kann Lehmann nicht zählen lassen: „Gerecht wäre es aus meiner Sicht, wenn sich jeder, der von unserer Infrastruktur profitiert, auch an deren Finanzierung beteiligt – dabei kann es keine Bevorzugung der geringverdienenden Schweizer Kunden gegenüber den deutschen Geringverdienern geben! Hinzu kommt ja, dass jeder Schweizer seine Einkäufe bündeln kann, damit die Infrastruktur entlastet wird und er dadurch die Mehrwertsteuer rückerstattet bekommt, wenn der Wert der Einkäufe über 50 Euro beträgt.“

Aus Sicht der Landesregierung muss es darum gehen, die Lasten so gering wie möglich zu halten, ohne den Einkaufstourismus zu unterbinden. „Die Einführung einer Bagatellgrenze in Höhe von mindestens 50 Euro kann dazu ein geeignetes Instrument sein und sollte nicht von vornherein durch den Einzelhandel und die Wirtschaftskammer ausgebremst werden“, so Lehmann. „Aufgabe der Politik ist es, ein Gleichgewicht zwischen den Interessen verschiedener gesellschaftlicher Akteure zu sichern. Im diesem Fall muss es darum gehen, das Gleichgewicht zugunsten der hier lebenden Bevölkerung wieder herzustellen!“